

Föderativverband für Leo-Lizenzbau und Arbeitszeitverkürzung.

Gewinnansprüche sind überhöht

Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden und die Einführung des vorzeitigen flexiblen Altersrücktritts haben die Delegierten des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe gefordert.

Verbandspräsident Georges Eggenberger übte gleichzeitig scharfe Kritik an den Managern der privaten Rüstungsbetriebe. Diese gefährdeten mit „überhöhten Gewinnansprüchen“ beim Lizenzbau des Panzers Leopard 2 nicht nur Arbeitsplätze in ihren eigenen Fabriken, sondern auch in den Rüstungsbetrieben des Bundes, erklärte Eggenberger am Donnerstag in Bern vor den Abgeordneten des Dachverbandes des Bundespersonals.

An der „Panzerbeschaffungsmisere“ seien nicht die Eidgenössischen Rüstungsbetriebe schuld, betonte Eggenberger. Mitverantwortung trügen die Chefs im Eidgenössischen Militär-departement (EMD), weil sie „der profitsüchtigen privaten Rüstungsindustrie nicht mit der nötigen Härte und Konsequenz entgegentraten“. Für die Eidgenössischen Konstruktionswerkstätten in Thun werde es allerdings eine Rolle spielen, ob der Panzer in Lizenz in der Schweiz gebaut werde.

Eggenberger versicherte im weiteren, dass beim Föderativverband auch bei einer Besserung der Bundesfinanzen „keine Anspruchsinflation“ ausbreche. „Wir haben unsere Gewerkschaftspolitik nie nach dem Stand der Kasse der Nation ausgerichtet“, sagte er. Allein mit dem Argument der leeren Kasse könnten aber Bundesrat und Verwaltung in Zukunft dem Bundespersonal weder neue einschneidende Sparmassnahmen zumuten, noch berechnete Forderungen zurückweisen. Das Personal und der Verband seien „in dieser Beziehung ausgereizt“.

Als eine der Hauptaufgaben des Föderativverbandes bezeichnete Eggenberger die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen. Diese sei eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Sicherung der Vollbeschäftigung. Bei der Arbeitszeitverkürzung für das Bundespersonal von 44 auf 42 Wochenstunden würde aber die Verwaltung, insbesondere die PTT-Betriebe, laufend neue Zahlen über die benötigten Stellen „errechnen“. Die von den „PTT-Verantwortlichen betriebene Zahlenzauberei ist ein fauler Zauber“, • sagte Eggenberger. Sie beeinträchtige die Glaubwürdigkeit des Unternehmens und schade dem Personal. Eggenberger bedauerte im weiteren den „schlechten politischen Stil“ bei der Personalpolitik des Bundes. Bundesrat und Verwaltung würden immer häufiger das überlieferte Mitspracherecht der Verbände verletzen. Zudem versuche das Parlament immer mehr, sich die Arbeitgeberrolle anzueignen. Falls sich hier nicht bald eine Trendwende abzeichne, „dann werde „das soziale Klima frostig werden“.

SoAZ, 16.11.1984.

Föderativverband > Arbeitszeitverkürzung. SoAZ, 1984-11-16